



10.12.19 01666

Herrn Charles Michel
Präsident des Europäischen Rates
Rue de la Loi/Wetstraat 175
B-1048 Bruxelles/Brussel

Kopie an: Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Präsident,

Die Kohäsionspolitik ist die wichtigste europäische Investitionspolitik für den Abbau der territorialen Ungleichheiten und Ungleichgewichte in der Europäischen Union und zur Verwirklichung des im EU-Vertrag festgeschriebenen Ziels des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Sie ist ferner von maßgeblicher Bedeutung für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und der EU-Klimaziele sowie für die Bewältigung des digitalen Wandels. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen für die Städte und Regionen und des sich ausweitenden Regionalgefälles ist eine starke und wirksame Kohäsionspolitik notwendig denn je.

In der Allianz für die Kohäsionspolitik #CohesionAlliance¹ für eine starke EU-Kohäsionspolitik haben sich diejenigen zusammengeschlossen, die gemeinsam das Ziel einer künftigen EU mit einer starken, wirksamen und besser wahrnehmbaren Kohäsionspolitik für alle Regionen verfechten. Dabei stützen sie sich auf eine Reihe Grundsätze, die Sie in der beiliegenden gemeinsamen Erklärung der #CohesionAlliance nachlesen können.

Ein Großteil dieser wesentlichen Anliegen ist in den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik berücksichtigt und im Standpunkt des Europäischen Parlaments aus erster Lesung nachdrücklich unterstützt worden. Bedauerlicherweise aber zeichnen sich in den derzeitigen Diskussionen im Rat über das Paket zur Kohäsionspolitik und in den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) weniger positive Ergebnisse ab. Mit Blick auf die am 12./13. Dezember anstehende Sitzung des Europäischen Rates, in der die Staats- und Regierungschefs über den nächsten langfristigen EU-Haushalt beraten werden, möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Fragen lenken, die sich im Kontext der Diskussionen über den künftigen MFR und die

¹ Die Kampagne Allianz für die Kohäsionspolitik #CohesionAlliance wurde im Oktober 2017 gemeinsam von der VRE, der AGEG, der CALRE, der KPKR, dem RGRE, EUROCITIES und dem AdR ins Leben gerufen. Die Allianz zählt inzwischen mehr als 11 600 Unterstützer, darunter 450 Organisationen und Einrichtungen (einschl. 122 Regionen, 140 Städten und Bezirke sowie 46 Verbände lokaler Gebietskörperschaften, was 97 % der Bevölkerung der EU-27 entspricht). Weitere Informationen: <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/cohesion-alliance.aspx>.



CPMR
CRPM



Thematik der Kohäsionspolitik erheben und für die Partner der Kampagne #CohesionAlliance von entscheidender Bedeutung sind.

Zuallererst müssen wir unserer Besorgnis Ausdruck geben angesichts der jüngsten Vorschläge des finnischen Ratsvorsitzes, das Gesamtvolumen des nächsten MFR auf 1,07 % des BNE der EU-27 zu begrenzen (anstatt dem Vorschlag der Kommission von 1,11 % oder der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Ausschusses der Regionen von 1,3 % zu folgen). Das würde bedeuten, dass die für kohäsionspolitische Maßnahmen bereitgestellten Mittel um 12 % (bzw. 44 Milliarden EUR) im Vergleich zum laufenden Zeitraum gekürzt würden. Einige Mitgliedstaaten befürworten sogar einen MFR, der lediglich 1,0 % des BNE der EU-27 entspricht. Solch drastische Einschnitte würden sich nicht nur verheerend auf die Entwicklung der Regionen und Städte der EU auswirken, sondern auch erhebliche politische Risiken bergen, denn dadurch würde die Fähigkeit der EU in Frage gestellt, das im Vertrag verankerte Ziel einer Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts umzusetzen, zumal dann in vielen Regionen das notwendige Maß an Unterstützung fehlen und weniger in grundlegende europäische Ziele investiert würde. Wir betonen deshalb das Erfordernis, für die Kohäsionspolitik mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushalts vorzusehen. Neue Instrumente wie der Fonds für einen fairen Übergang und seine Mittelausstattung müssen zusätzlich zu den bestehenden europäischen Struktur- und Investitionsfonds bereitgestellt werden.

Entscheidende Bedeutung messen alle Partner der #CohesionAlliance auch den Grundsätzen der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance bei, die weiter gestärkt werden müssen, um durch die Entwicklung effizienter und geeigneter Lösungen vor Ort die Wirksamkeit der EU-Ausgaben zu erhöhen. Wir weisen diesbezüglich nachdrücklich jedweden Versuch zurück, die Grundsätze der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance der Dachverordnung abzuschwächen, und fordern, dass der Verhaltenskodex für Partnerschaften im Rahmen der ESI-Fonds bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Partnerschaftsvereinbarungen und der Programme vollständig umgesetzt wird, um die umfassende Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Programmplanung und Umsetzung der Kohäsionspolitik sicherzustellen. Ferner sollten unserer Auffassung nach die Partnerschaftsvereinbarungen unabhängig von der Höhe der aus den Fonds bereitgestellten Mittel und der Zahl der Programme für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben.

Schließlich fordern wir den Rat und das Europäische Parlament dringend auf, rasch die Verhandlungen über den neuen MFR und die begleitenden sektorspezifischen Verordnungsvorschläge für 2021-2027 abzuschließen, damit die Partnerschaftsvereinbarungen und Programme rechtzeitig vor Beginn des neuen Programmplanungszeitraums am 1. Januar 2021 fertiggestellt werden können, der Übergang in die nächste Förderperiode reibungslos vonstattengehen kann und die potenziell verheerenden Folgen einer verspäteten Einigung für die Verwaltungsbehörden und Endbegünstigten vermieden werden können.

Wir hoffen, dass diese Anliegen der Allianz für die Kohäsionspolitik #CohesionAlliance bei den anstehenden Beratungen über dieses wichtige Thema gebührend berücksichtigt werden.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ann-Sofi Backgren
Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG)

Magnus Berntsson
Präsident der Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Marco Squarta
Präsident der Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Parlamente (CALRE)

Stefano Bonaccini
Präsident des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Vasco Alves Cordeiro
Präsident der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR)

Anna König Jerlmyr
Präsidentin von EUROCITIES

Karl-Heinz Lambertz
Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)